

# VORWÄRTS

Sozialistische Zeitung

öS 8.-

- Europäische Union
- ÖBB
- Rußland
- Sozialisten in Deutschland

Flüchtlinge müssen um ihr Leben fürchten

# Schluß mit den ABSCHIEBUNGEN!

**L**öschnak will die fünf Wehrdienstverweigerer aus dem Kosovo abschieben weil sie über keine Papiere verfügen. Diese wahnwitzige Vorgangsweise ist nur ein Glied in der Kette aus Verfolgung und Abschiebung, die von der Bundesregierung um Österreich gespannt wurde. Österreich ist für ausländische Mitbewohner und Flüchtlinge wahrhaft mörderisch.

von Michi Bonvalot, Antifa-Nord

Während in vielen Teilen der Welt Bürgerkriege, Hungersnöte und soziales Elend zunehmen, werden in Österreich immer weniger Menschen aufgenommen: Für 1994 wird gerade mit 600 anerkannten Flüchtlingen gerechnet. Die Anerkennungsquote sank binnen der letzten zehn Jahren dramatisch: Bekam 1985 mehr als jeder vierte Ansuchende den Asylstatus, so werden es 1994 nur mehr 4,2% sein (laut "Die Presse").

Viele versuchen erst gar nicht mehr, hier Asyl zu bekommen. Denen, die sich nicht abschrecken lassen, werden alle möglichen Hemmnisse in den Weg gelegt. Immer wieder werden Fälle bekannt, wo die Behörden die Entgegennahme von Asylanträgen überhaupt verweigern. 1991 suchten noch 27.300 Menschen um Asyl an, 1993 nur noch 4.700. Dazwischen liegt die Einführung eines neuen Asylgesetzes am 1. Juni 1992. Gerade in Fällen, die Menschen aus Ex-Jugoslawien betreffen, ist das eine durchwegs gängige Praxis. Deserteurern, wie den 5 Kosovo-Albanern wird klar gemacht, daß ihre Anträge sowieso keine Chance auf Erfolg hätten. Desertation ist in Österreich kein Fluchtgrund, obwohl in Teilen Ex-Jugoslawiens darauf sogar die Todesstrafe steht, zumindest wenn sie in der Zeit von Oktober 1991 bis Mai 1992 erfolgt ist. Österreich schiebt diese Menschen manchmal direkt (im besten Fall) in die Kaserne ab, im schlechtesten kommen sie in die Todeszelle. Das gilt auch für Kurden, die laut Innenministerium in der Türkei keiner Verfolgung ausgesetzt sind.

Die eigentliche „Spezialität“ und

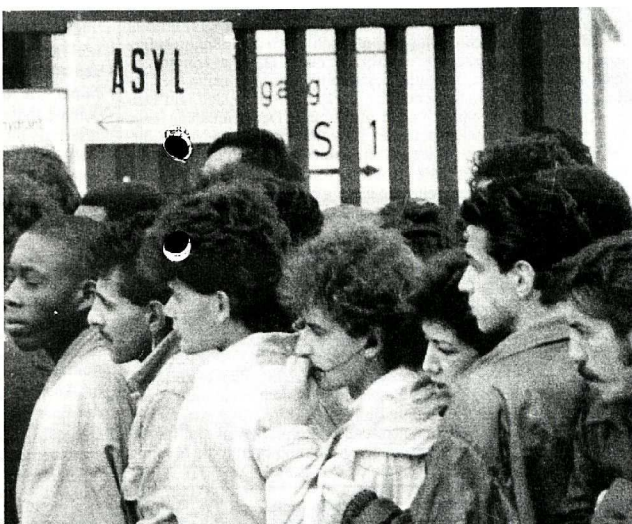
gängige Begründung für Abschiebung läuft über die sogenannte „Drittlandklausel“. Sie besagt, daß Flüchtlinge in dem Land um Asyl ansuchen müssen, dessen Boden sie als erstes betreten haben, nachdem sie geflüchtet sind. Wenn dieses Land nun ein sogenanntes „sicheres Drittland“ ist, das heißt, es ist gewährleistet, daß nicht weiter abgeschoben wird, deportiert Österreich die Flüchtlinge wieder dorthin zurück. Allerdings haben die Bundesbehörden ihre eigene Vorstellung von sicheren Staaten - Länder wie China, Rußland, Rumänien, Nigeria und auch Slowenien tauchen in dieser Liste auf. Im Falle Sloweniens wurden

wert Sie als Opfer auch sind - schließen, daß die Taten nicht aus politischen, ethnischen oder ähnlichen Gründen erfolgt sind.“ Dem kann man wohl nichts mehr hinzufügen. Wird man gefoltert und nicht getötet, hat man ebenfalls Pech gehabt.

An Löschnaks Händen und dem Rest der Bundesregierung klebt Blut. Schon lange in Österreich lebenden Ausländer/innen macht man mit den Aufenthaltsgesetzen das Leben zur Hölle. Flüchtlinge läßt man erst gar nicht rein und Arbeitskräfte nur dann, wenn sie für die Wirtschaft verwertbar sind und man sie nach Gebrauch wieder zurück schicken kann. Die Grenzen sind de facto dicht und Haider reißt sich die Hände. Die Führung der SPÖ, einst gegründet als internationalistische Partei, steht heute für eines der schärfsten Ausländergesetze Westeuropas. Sie ist unfähig, eine Alternative zum rassistischen Gekreische eines Jörg Haider anzubieten und übt sich selbst in ausländerfeindlichen Aussagen über „polnische und ungarische Schnaps- und Salamihändler“ und „im Hof hammelbratende Türken“.

### Flüchtlinge verstecken?

Kirchen, Grüne und SOS-Mitglied fordern auf, Flüchtlinge einfach zu verstecken. Das ist zwar grundsätzlich sicher etwas Ehrbares und im Einzelfall unter Umständen auch notwendig. Doch eine richtige Antwort oder gar politische Lösung ist es nicht. Können wir wirklich alle Verfolgten verstecken? Und wie lange? Ein Monat, ein Jahr oder unbegrenzt? Rassistische Gesetze und rassistische Hetze sind ein politisches Mittel, das von den Herrschenden in ganz Europa in den letzten Jahren eingesetzt worden sind, um von den



sozialen Problemen, wie Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit, abzulenken. Tausende werden durch das Aufenthaltsgesetz in die Illegalität gedrängt und dienen so den Unternehmern als leicht erpressbare Lohndrücker gegenüber ihren österreichischen Kollegen. Wir sollen gespalten und gegeneinander ausgespielt werden, um uns nicht gemeinsam gegen die Leute

zu wehren, die an den existierenden Problemen schuld sind: Die Unternehmer, die die Leute entlassen, weil es sich für ihren Profit nicht mehr rentiert. Oder Wohnungen aus Spekulationsgründen leer stehen lassen. Hier müssen wir ansetzen und einen offensiven Kampf von aus- und inländischen Arbeitnehmern und Jugendlichen organisieren.

## Demonstration Trauer, Wut und Widerstand 1 Jahr Aufenthaltsgesetz 1. Juli 94 13 Uhr Oper Wien

de nun bekannt, daß Löschnak sogar gegen den Verwaltungsgerichtshof agiert. Das südliche Nachbarland hat bisher noch keinen einzigen Menschen als Flüchtling gemäß der Genfer Konvention aufgenommen. Fälle von Abschiebungen nach (Rest-) Jugoslawien sind dem UNO - Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) bekannt. Österreich selbst gilt übrigens, neben Griechenland, als einziges Land Westeuropas, laut UNHCR, nicht mehr als sicheres Drittland.

Nicht einmal Vergewaltigung wird von den österreichischen Behörden als Fluchtgrund anerkannt. So schrieb man einer 37jährigen Bosnierin, die von serbischen Soldaten vergewaltigt wurde: „...vergewaltigt wurden Sie jeweils von einem von mehreren Soldaten. Daraus muß die erkennende Behörde - so bedauerlich-

- ⊛ Weg mit allen ausländerfeindlichen Gesetzen!
- ⊛ Asyl- und Bleiberecht für alle politisch und wirtschaftlich Verfolgten!
- ⊛ Nein zu einer Weltordnung, in der Millionen flüchten müssen.





# Rußland

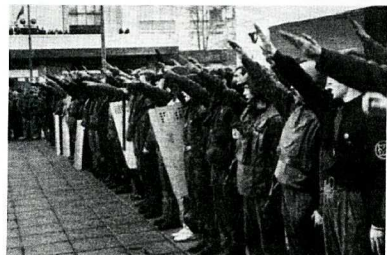
## Zwischen Demokratie und Faschismus?

Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus in Rußland feiern die Bürgerlichen den endgültigen Sieg des Kapitalismus. Die Masse der russischen Bevölkerung, hat seitdem weniger zu feiern, denn dieser „Sieg“ bedeutet für die übergroße Mehrheit verheerende Verhältnisse in allen Lebensbereichen.

von Katja Arthofer, Antifa-Städ

Die Unmöglichkeit, Bedingungen zu schaffen, in denen sich der Kapitalismus in Rußland entwickeln kann, hat zu einer extremen politischen und sozialen Instabilität geführt. Die Restauration des Kapitalismus und die damit einhergehende

Arbeiter Jelzins sprechen jetzt plötzlich von einer „gemischten Wirtschaft“. Dieser Schwenk hat auch politische Auswirkungen. Jelzin war gezwungen, die „Putschisten“ vom Oktober des vorigen Jahres freizulassen, ein deutliches Zeichen für die Schwäche seiner Position. Die russische Wirtschaft liegt darnieder. Hyperinflation und Schließung riesiger Betriebe durch Privatisierung führen zu einem sozialen Schock, der die gesamte Gesellschaft lähmt. In den letzten beiden Jahren ist die Produktion um 30% gesunken. Die Unternehmen sind außer Stande, ihre Schulden und die Löhne der Arbeiter auszuzahlen. Das war auch der Grund für den Streik der Bergarbeiter, die monatlich keinen Lohn bekommen. In den meisten Familien hat zumindest ein arbeitendes Familienmitglied zwei oder mehrere Monate keine vollen Lohn bekommen. Dauern werden Fließbänder abgestellt, werden Leute auf Kurzarbeit gesetzt oder entlassen. Millionen Arbeiter sind zu ungewolltem und unbezahltem Urlaub gezwungen. Sogar Teile der Transsibirischen Eisenbahn werden nicht befahren, weil die Stromrechnung nicht bezahlt wurde.



Rechtsradikale und faschistische Ideen fallen in Rußland wegen der schlechten sozialen Lage auf fruchtbaren Boden

Konterrevolution führen zu wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Verfall: Ein Drittel der Bevölkerung lebt unter der offiziellen Armutsgrenze. Eine durchschnittliche Familie gibt 60 bis 70% ihres Einkommens für Nahrungsmittel aus, Pensionisten 83% und diejenigen, die unter der Armutsgrenze leben, ungläubliche 90%. Die Lebenserwartung ist in den letzten drei Jahren um drei Jahre gesunken, nämlich von 69,2 auf 66 Jah-

ren außerhalb Rußlands Grenzen wohnen. „Wir Russen sagte Jelzin, daß er sie nicht mit „Worten, sondern mit Taten“ verteidigen wird. Das hat auch die USA davon gewarnt, auf die Eingliederung Osteuropas in die NATO zu drängen. Die russischen Nationalisten hatten auf der Krim, die seit 1945 zur Ukraine gehört, einen großen Wahlerfolg. Das kann den Konflikt zwischen den beiden Atommächten verstärken. Auch ein Vertrag mit Weißrußland, der die wirtschaftliche Wiedervereinigung mit Rußland bedeutet, zeigt, daß das entstehende kapitalistische russische Gebilde zumindest auf regionaler Ebene eine klare Vormachtstellung (unter Umständen auch mit Waffengewalt) beansprucht.

### Nationalismus

Die fatale soziale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation gepaart mit dem Gefühl, daß Rußland an die Großmächte verkauft worden ist, hat die Unterstützung für den Nationalismus enorm gesteigert. Der Gewinner davon heißt Schirinowski. Er präsentiert sich als derjenige, der die Interessen der russischen Bevölkerung vertritt und verspricht, Ordnung und Arbeit zu schaffen. Es kommt ihm zu Hilfe, daß es keine anderen Anziehungspunkte gibt, der „Kommunisten“ ist logischerweise diskreditiert.

### Aggressivere Außenpolitik

Wegen der fatalen Situation im Inland und dem Wahlerfolg Schirinowskis haben Jelzin und seine Minister begonnen, auf eine aggressivere Außenpolitik zu setzen. Zu den 25 Mil-

lionen außerhalb Rußlands Grenzen wohnen. „Wir Russen sagte Jelzin, daß er sie nicht mit „Worten, sondern mit Taten“ verteidigen wird. Das hat auch die USA davon gewarnt, auf die Eingliederung Osteuropas in die NATO zu drängen. Die russischen Nationalisten hatten auf der Krim, die seit 1945 zur Ukraine gehört, einen großen Wahlerfolg. Das kann den Konflikt zwischen den beiden Atommächten verstärken. Auch ein Vertrag mit Weißrußland, der die wirtschaftliche Wiedervereinigung mit Rußland bedeutet, zeigt, daß das entstehende kapitalistische russische Gebilde zumindest auf regionaler Ebene eine klare Vormachtstellung (unter Umständen auch mit Waffengewalt) beansprucht.

Aber seine Karriere muß nicht von langer Dauer sein. Der freigelassene Rutskoi, der Präsident werden will, kann ihm durchaus Probleme machen. Wer in Zukunft die führende Rolle im national-opportunistischen Lager spielt, ist völlig offen. Einzig ist sich die Opposition mit der überwältigenden Mehrheit der russischen Bevölkerung vor allem in einem Punkt: Jelzin muß weg. Dieser versucht, durch immer größere Vollmacht, Appelle und Verträge zum „Bürgerfrieden und zur nationalen Einheit“ den permanenten Angriffen zu begegnen. Janilinski, ein Reformler, meinte über Jelzin: „Er weiß nicht, was zu tun ist. Er hat kein Konzept, wie man Wirtschaft und Gesellschaft in die Höhe bekommt.“

Doch nationalistische Bewegungen sind nicht nur in Rußland zu finden. Die neuen bürgerlichen Regierungen außerhalb Rußlands stellen ihre Politik auf eine Anti-Rußland Basis. Für die großen russischen Minderheiten außerhalb Rußlands bedeutet das Verfolgung und Diskriminierung. Es

ist ja eine übliche Taktik der Herrschenden, den Zorn über schlechte Zustände auf eine lokale Minderheit oder auf andere Nationalitäten abzulenkten.

### Faschismus, Putsch?

Die Einführung eines faschistischen Systems ist in Rußland momentan unwahrscheinlich. Es gibt keine stabile, im realen gesellschaftlichen und sozialen Leben verankerte Kraft. Der tägliche Kampf ums Überleben hat die Organisationen der Arbeiterklasse bis jetzt verhandelt. Aber dasselbe gilt für alle anderen politischen Kräfte ebenfalls. Von keiner politischen Kraft erwartet sich die Masse der russischen Bevölkerung eine Verbesserung ihrer Situation. Schirinowski ist weit davon entfernt, eine stabile Organisation mit einer aktiven Massenbasis, ähnlich der italienischen Schwarzhemden Mussolini oder Hitlers SA aufbauen zu können. Doch die wäre notwendig, um ein wirklich faschistisches System in Rußland einzuführen.

Sehr wohl wird es für die herrschende Schicht (größtenteils bestehend aus gewendeten alten Bürokraten und neuen Matiosis) zunehmend notwendig sein, autoritär zu herrschen. Auch die Möglichkeit eines Putsches ist nicht unwahrscheinlich.

Dieser kann unter einem Vorwand, wie der Bekämpfung der Korruption und der Kriminalität, durchgeführt werden und unter Lösungen wie z.B. der „nationalen Einheit“ von staten gehen. Im Moment versetzt noch Jelzin, diese Rolle zu spielen. Seine Form der Präsidialherrschaft ist nichts anderes, als eine „sanfter“ Form der Diktatur. Im Gegensatz zu den meisten anderen potentiellen Diktat-



„Präsident: Die Bergarbeiter werden nicht schweigend sterben“ - Bergarbeiterkundgebung vor dem Weißen Haus in Moskau

oren hat er noch die Unterstützung des Militärs. Wenn sich hier etwas ändert (und das ist in der labilen Situation schnell möglich), könnte Schirinowski, Rutskoi, ... Stunde gekommen sein. Doch auch so ein Regime würde mit riesigen Problemen konfrontiert sein. Die „öffentliche Ordnung“ kann nicht leicht hergestellt werden, wenn die Armee und Polizei gespalten ist und regionale Kommandierende auf ihrer Autonomie bestehen.

Die Möglichkeit einer stalinistischen Konterrevolution ist, de facto nicht vorhanden. Keine relevante politische Strömung der ehemaligen Bürokratie ist gegen die Marktwirtschaft. Die Differenzen bei der Art und Geschwindigkeit der Privatisierung. Weder die Putschisten von 1991, noch der Parlamentsflügel um Rutskoi und Chasulabau wollten zurück zur Planwirtschaft, wollten im Zuge der Privatisierung nur ihre eigenen Interessen durchsetzen

## Stimmen aus Rußland

Ein Bergarbeiter aus Seredekii in der Region Moskau sagt:

„In Wirklichkeit ist jeder, der in der Stadt geblieben ist, irgendwie von der Mine abhängig. Wenn sie geschlossen wird, wird das Leben hier noch wesentlich schlechter als in Moskau. Jetzt schon bleiben Erhaltungsbetriebe in Häusern aus, die Wohnungen verfallen und es gibt keine Chance, eine Arbeit zu finden. Es gibt Bergarbeiter, die in einer Barackensiedlung leben, die in den 50er Jahren nur als Notunterkünfte gebaut wurden. Es ist lebensgefährlich, dort zu leben.“

Der Präsident des Arbeiterkomitees von Vorkuta, A.A. Hitirov und sein Kollege Nikolai Boyar berichten:

„Am 1. März fand ein gesamtrossischer Bergarbeiterstreik statt. Aber vorher hatte es bereits Proteste in Vorkuta gegeben. Hungerstreiks und Kumpels, die sich nach Schichtende weigerten, aus den Schächten zu kommen. Wir haben seit zweieinhalb Monaten keine Löhne mehr erhalten. Unser Arbeiterkomitee versucht, alle Gewerkschaften in der Stadt zu vereinigen, da es zu viele gibt. Kollegen, die dasselbe tun und wollen, sind in verschiedenen Gewerkschaften. Obwohl unsere Region Komri reich an Bodenschätzen ist und wir auch Steuern zahlen müssen, haben wir kein Geld und kriegen auch nichts von der Regierung.“

„Für einen Arbeiter der Zil-Anstalt in Moskau, die vor einem Jahr privatisiert wurde, erzählt: „Die selben Leute, die früher die Macht hatten, sind immer noch hier. Früher haben sie sich Kommunisten genannt, heute Demokraten. Ich glaube, daß das dieselben Kommu-

aus Rabochaya Demokratiya; marxistische Zeitung in Rußland

## Die verratenene Revolution

Der Prozeß der Konterrevolution, die Rußland in den letzten Jahren voll überrollte, begann schon sehr früh. Wir unterscheiden jedoch zwischen politischer und sozialer Konterrevolution.

von David Mum, Antifa-West

Im Oktober 1917 übernahm die Arbeiterklasse mit den Arbeitern, Bauern, und Soldatenträten die politische Macht. Diese nutzte sie unter Führung der Bolschewiki um Lenin und Trotzki dazu, den Kapitalismus abzuschaffen, indem die Kapitalisten enteignet wurden. Deswegen war die Sowjetunion ein nichtkapitalistisches Land, ein Arbeiterstaat. Der Charakter des Staates ergibt sich grundsätzlich aus den Eigentumsverhältnissen von 1917) wurden verbannt, eingesperrt und ermordet. Die KP (und damit auch ihre politischen Ziele und ihr Programm) wurde von einem Instrument der sozialistischen Revolution zum Machtzentrum der Bürokratie „gesäubert“.

Eine abgehobene Schicht von Bürokraten, die die Produktionsmittel verwaltete (aber nicht besaß!) und dabei sich natürlich selbst immer gegen unter den Nagel rief. Doch die politische Macht inne. Durch die Quelle ihrer Privilegien war die Planwirtschaft und das Staatsigentum an Produktionsmittel, also die soziale

Grundlage eines Arbeiterstaats. Diese Situation konnte nicht ewig anhalten. Je komplexer die Wirtschaft sich entwickelte, umso drängender wurde die Notwendigkeit, die Wirtschaft nicht von ein paar überbezahlten Bürokraten, sondern von unterplan zu lassen. Zwei Entwicklungswegen waren möglich: nach vorn durch eine politische Revolution, in der die Arbeiterklasse die Verwaltung der Gesellschaft in die Hand nimmt. Oder eine soziale Konterrevolution, in der die wirtschaftliche und politische Macht wieder an die



Stalins Herrschaft - der größte Kommunismord in der Geschichte

### Die verratenene Revolution

Eine Analyse über Entwicklung und Charakter der Sowjetunion in den 30er Jahren

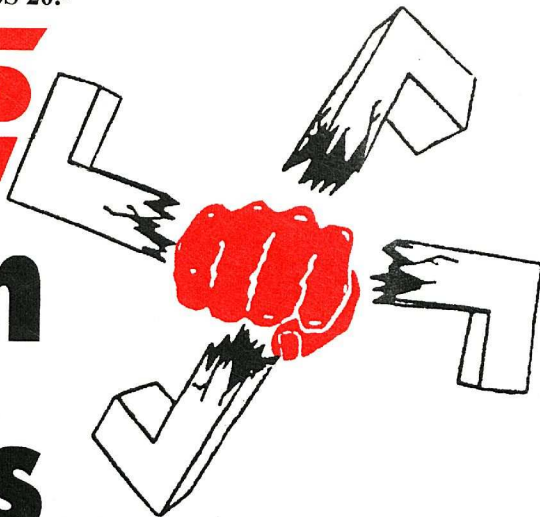
von Leo Trotzki bei der Redaktion um 65 90.- zu bestellen

Kapitalisten fällt. Nach anfänglichen Erfolgen im Aufbau der Wirtschaft, durch die die Sowjetunion von einem rückständigen Agrar- zu einem Industriestaat wurde (TROZKI der Bürokratie!), setzte in den 70er Jahren Stagnation ein. In den 80ern setzte sich dann der Flügel in der Bürokratie um Gor-

bachschow durch, der ein solches System einfach so nicht funktionieren kann. Aber alle seine Versuche, die bürokratische Planwirtschaft mit marktwirtschaftlichen Elementen zu beleben, griffen nicht, sondern führten zu Chaos. In der herrschenden Bürokratie brachen immer stärkere Flügelkämpfe aus. Auf der einen Seite der Populist Jelzin, der den Kapitalismus restaurieren wollte, in der Mitte Gorbachschow und dann Altstalinisten, die auch schon für die Marktwirtschaft waren, aber die „Ordnung“ bewahren wollten und vor allem sicherstellen wollten, daß die Bürokraten der großen Staatsunternehmen deren künftige Besitzer werden. Diese machten im August 1991 einen Putschversuch. Sie stellten aber vor der Presse klar, daß auch sie die Marktwirtschaft wollten, es solle nur alles in geordneten Bahnen verlaufen. Jelzin mobilisierte Teile der Arbeiterklasse gegen die Putschisten und setzte sich als neuer Machtha-



# Kampf dem Faschismus



**S**eit Mitte der 80er Jahre gibt es in Europa rasante Umbrüche. Rechtspopulisten gewinnen Wahl um Wahl, Faschisten zünden Asylheime an; überall gibt es Angriffe auf Sozialstandards; die Arbeitslosigkeit steigt unaufhörlich, die Wohnungsnot wird immer schlimmer, die Löhne sind niedrig und Korruption blüht. Die Rechten erklären uns: Die Ausländer sind schuld!

von Harry Mahrer, Antifa Süd

Wir wissen aber, daß das nicht stimmt. Wir organisieren Widerstand gemeinsam mit den gleichermaßen betroffenen ausländischen Kollegen und Kolleginnen. Zu diesem Zweck

organisierten wir eine internationale Demonstration gegen Rassismus und Faschismus in Brüssel. 40.000 Jugendliche aus 15 verschiedenen Ländern folgten unserem Aufruf. Während der Vorbereitung für die Demonstration und in den Monaten danach schossen überall in Europa

JRE kämpft international gegen Rassismus und Faschismus, denn die Faschisten sind ebenso international organisiert. Überall, wo Menschen gegen Rassismus oder Sozialabbau kämpfen, sind wir dabei. Jede Sektion beschäftigt sich mit den besonderen Gegebenheiten ihres Landes. In Nordirland kämpfen wir gegen die Spaltung in Katholiken und Protestanten, in Deutschland gegen militante Nazis, in Österreich gegen die rassistischen Gesetze und die FPÖ.

Wir haben ein klares Programm - gegen Rassismus, Faschismus und Sozialabbau und für unsere Rechte

und eine gerechtere Gesellschaft - und ein klares Ziel: Europas Jugend im Kampf gegen Rechts zu vereinen. Unsere Aktivitäten kennen keine Grenzen (siehe Beispiele) und wir setzen unsere Solidarität der europaweiten Welle von Rassismus und Sozialabbau entgegen.

## JRE Österreich Unsere Erfolge

**Aufbegehren gegen Haider's Volksbegehren:** Wir sammelten in nur 2 Wochen 6500 Unterschriften gegen Haider. **Demo gegen Aufenthaltsgesetz:** 2000 Jugendliche demonstrieren gegen Löschnaks Gesetze. **Das war Österreichs größte Kampagne gegen Löschnaks Wahn!** **Hitler Geburtstag 94:** Wir organisierten die größte Demo gegen Nazis in Wien seit dem Lichtermeer. 3000 kamen.

So sind wir Europas schnellwachsende Jugendorganisation geworden. 12.000 Jugendliche sind schon dabei. Mach mit!!!



London Bricklane-Die Nazis hatten dort seit 20 Jahren ihren einzigen regelmäßigen Zeitungserverkauf. JRE baute eine Gruppe auf - aus für die Faschos!

gründeten wir im Sommer 1992 „Jugend gegen Rassismus in Europa“ (JRE). Unsere eigene Organisation, mit der wir in ganz Europa für unsere Interessen kämpfen.

Im Sommer 92 schrieb die belgische antifaschistische Organisation „Blokbuster“ an verschiedene europäische antifaschistische Jugendorganisationen mit der Idee, international zusammenzuarbeiten. „Youth against Secterianism“ aus Nordirland; Elevkampajnen (Schülerkampagne) aus Schweden und das Antifaschistische Komitee Österreich (AKÖ) gründeten dann gemeinsam mit Blokbuster JRE. Als erste Akti-

neue Gruppen aus dem Boden. Heute hat JRE 14 Sektionen in Belgien, Deutschland, England, Schottland, Nordirland, Irland, Holland, Frankreich, Spanien, Polen, Tschechien, Schweden, Norwegen und Österreich. Seit April 1994 gibt es auch in Portugal eine Sektion und weitere werden in Finnland, Italien, Griechenland und Albanien folgen.

**ANTIFA**

**Wien:** In der rechtsradikalen Zeitung "Fakten" wird das Antifa-Komitee seitenslang angegriffen. Das ist die Reaktion der Rechten auf die Aktionen der Antifa-West gegen das AFP-Heim und Aktionen des Antifa-Komitees gegen den Verkauf der rechtsextremen "National-Zeitung".

**Magdeburg:** Nachdem Nazis Ausländer durch die Stadt gejagt hatten, zeigt die deutsche Polizei wieder einmal, wo sie steht. Gegen die Nazis wurde nichts getan. Weder während der Menschenjagd, noch nachher. Die Verhafteten wurden sofort wieder freigelassen und trotz Filmmaterials kann angeblich niemand identifiziert werden.



Demo in der Nazihochburg Berlin Marzahn. Dort schaffte es JRE 3 Gruppen aufzubauen. Die Nazis dort sind nun in der Defensive. Toller Erfolg!

## Europaweites Sommercamp

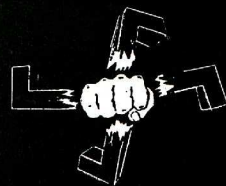
Am 13. August ist es soweit. Das große europaweite Anti-Nazi-Camp wird eine Woche lang in Reinwarzhofen/Bayern seine Tore öffnen. 2.000 Jugendliche aus mehr als 15 europäischen Ländern werden ihre Erfahrungen im antifaschistischen Kampf austauschen. Ein breitgefächertes Freizeitangebot wird für echte Ferienstimmung sorgen. Kurz gesagt, Europas größtes antifaschistisches Fest wird über die Bühne gehen.

Neben Diskussionen zu den verschiedensten Themen (z.B. Antifa Arbeit in Schule/Betrieb; Selbstschutz; Nordirland; Balkankrieg; Frauen gegen Nazis; Asylgesetze; rechte Parteien,...) wird es Kinoabende mit Filmklassikern; Rockkonzerte mit internationalen Stars (z.B. Slime, Anarchist Academy, Fun^da^mental,...); Discoabende mit allen wichtigen Musikrichtungen, ein Fußballturnier, verschiedenste Workshops (z.B. Graffiti, HipHop-Tanz,...) geben. Außerdem ist ausreichend Zeit für neue Freunde und zum Ausspannen in einer der vielen Bars und Cafes. Die politischen Höhepunkte werden eine Demo gegen einen Nazi-Aufmarsch (R. Heß-Gedenkmarsch) und die erste Konferenz von JRE sein.

Das alles um nur S 3.000,- alles inklusive: 3x täglich Essen; Hin- und Rückfahrt; alle Veranstaltungen und Konzerte; alles außer den Getränken (sind aber dort sehr billig).

**Wo gibt's das sonst noch? Nirgends, na also! Komm mit auf Europas größtes Jugendfestival.**

Hast Du in den Ferien noch nichts vor?



Komm zum europaweiten **ANTI NAZI CAMP!**

13. - 20. August  
Reinwarzhofen,  
Bayern

**JRE**

Jugend gegen  
Rassismus in Europa  
Antifaschistisches Komitee